

N° 2480.

---

## ALLEMAGNE ET DANEMARK

Déclaration concernant l'abolition du visa obligatoire des passeports entre les deux pays, signée à Copenhague, le 1<sup>er</sup> mai 1926, et échange de notes y relatif, Copenhague, le 4 mai 1926.

---

## GERMANY AND DENMARK

Declaration regarding the Abolition of Compulsory Passport Visas between the two Countries, signed at Copenhagen, May 1, 1926, and Exchange of Notes relating thereto, Copenhagen, May 4, 1926.

## TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N° 2480. — VEREINBARUNG ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND DÄNEMARK BETREFFEND DIE AUFHEBUNG DES SICHTVERMERK-ZWANGES ZWISCHEN DEN BEIDEN LÄNDERN. GEZEICHNET IN KOPENHAGEN AM 1. MAI 1926.

*Texte officiel allemand communiqué par le délégué permanent du Danemark auprès de la Société des Nations. L'enregistrement de ces déclarations et échange de notes a eu lieu le 4 octobre 1930.*

*German official text communicated by the Permanent Delegate of Denmark accredited to the League of Nations. The registrations of these Declaration and Exchange of Notes took place October 4, 1930.*

KOPENHAGEN, den 1. Mai 1926.

In Kopenhagen haben in der Zeit vom 27. April bis 1. Mai 1926 zwischen Vertretern der Dänischen und der Deutschen Regierung Verhandlungen über die Beseitigung des Sichtvermerkszwanges stattgefunden. An den Verhandlungen haben teilgenommen :

## AUF DÄNISCHER SEITE :

Für das Ministerium des Äusseren : Abteilungschef ENGELL und Legitationsrat BOECK,  
Für das Justizministerium : Departementschef Aage SVENDSEN und Staatspolizeichef MENSEN ;

## AUF DEUTSCHER SEITE :

Für das Auswärtige Amt : Legationsrat Dr. KRASKE und Konsul Dr. KRÜGER von der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen,  
Für das Reichsministerium des Inneren : Regierungsrat KRAUSE.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist in dem beigefügten Notenentwurf niedergelegt.

Im Übrigen sind die beiden Teile noch über folgende Punkte einig geworden :

Zu Artikel I : Amtlich zugelassene Grenzübergangsstellen im Sinne dieser Bestimmung sind bis auf Weiteres die für den Fernverkehr zugelassenen Grenzübergänge.

Zu Artikel II : Die Sammelisten müssen Namen, Geburtsort und -tag sämtlicher Teilnehmer sowie eine Angabe über den Zweck und Zielort der Reise enthalten. Die ausstellende Behörde soll ausserdem auf der Liste bescheinigen, dass die Reisetilnehmer in das Ausgangsland zurückkehren können.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, die bestehenden dänischen-deutschen Abkommen über die passtechnische Regelung des sogenannten kleinen Grenzverkehrs einer Nachprüfung daraufhin zu unterziehen, ob mit Rücksicht auf die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges Abänderungen oder Ergänzungen vorzunehmen sind.

(Signé) ENGELL.

Aage SVENDSEN.

VALD. H. MENSEN.

BOECK.

(Signé) KRASKE.

KRAUSE.

KRÜGER.

Pour copie conforme :  
Copenhague, le 29 septembre 1930.

E. Reventlow,  
Secrétaire général du Ministère  
des Affaires étrangères.

## NOTENWECHSEL.

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
KOPENHAGEN.

KOPENHAGEN, den 4. Mai 1926.

HERR MINISTER !

Ich beehre mich Ihnen hierdurch mitzuteilen, dass die Deutsche Reichsregierung den Vereinbarungen zustimmt, die auf Grund der in der Zeit vom 27. April bis 1. Mai 1926 in Kopenhagen zwischen Vertretern der beiderseitigen Regierungen geführten Verhandlungen über die Beseitigung des Sichtvermerkszwanges wie folgt getroffen worden sind :

*Artikel I.*

Die Angehörigen des einen Staates können das Gebiet des anderen Staates über die amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jeder Zeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimatspasses, aus dem sich die Staatsangehörigkeit des Inhabers einwandfrei ergibt, ohne Sichtvermerk des Gegenstaates betreten und verlassen. Die Vergünstigung bezieht sich nur auf die Inhaber von Nationalpässen, nicht von sogenannten Fremdenpässen (Reisepässen für Ausländer). Nationalpässe werden nur an Personen ausgestellt werden, deren Zugehörigkeit zum ausstellenden Staate einwandfrei feststeht.

Für Kinder unter 15 Jahren genügt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis über Namen, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt des Kindes. Der Kinderausweis muss bei Kindern über zehn Jahre mit einem von der ausstellenden Behörde abgestempelten Lichtbild versehen sein.

*Artikel II.*

Für den gemeinschaftlichen Grenzübertritt von Personengruppen, die aus deutschen Reichsangehörigen oder aus dänischen Staatsangehörigen oder aus Angehörigen beider Staaten bestehen, gilt eine von der zuständigen Behörde des einen Staates ausgestellte und von der zuständigen konsularischen Vertretung des anderen Staates mit Sichtvermerk versehene Sammelliste als Passersatz. Der Sichtvermerk ist gebührenfrei zu erteilen.

Sammellisten werden für Arbeitertransporte nicht ausgestellt.

*Artikel III.*

Die jeweils im Gebiet der beiden Staaten geltenden Bestimmungen über die Verhängung von Grenzsperrn, über die Zurückweisung nicht einwandfreier Reisender an der Grenze, über die Meldung, den Aufenthalt und die Ausweisung von Ausländern sowie über den Schutz des heimischen Arbeitsmarktes gegen die Überlastung mit ausländischen Arbeitskräften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

*Artikel IV.*

Jeder der beiden Staaten kann Angehörige des anderen Staates,

a) die gegen die Vorschriften über die Meldung und den Aufenthalt von Ausländern im Inland verstossen oder

b) deren Tätigkeit als Arbeiter oder Angestellte die zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes erlassenen Bestimmungen verletzt,

aus seinem Gebiete ausweisen (wegweisen).

Die Voraussetzung unter *b*) ist insbesondere als gegeben anzusehen, wenn Angehörige des einen Staates nach ihrer Einreise in das Gebiet des anderen Staates dort eine Stelle entretten wollen, ohne im Besitz einer von der zuständigen Vertretung des Aufenthaltsstaates im Ausland vor dem Grenzübertritt beschafften «*Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt*» zu sein.

Jeder der beiden Staaten wird Vorsorge dafür treffen, dass seine Angehörigen auf die Notwendigkeit der vorherigen Einholung der Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt aufmerksam gemacht werden, wenn sie die Ausstellung eines Passes zur Reise in das andere Land zum Zwecke des Stellenantritts nachsuchen.

Für die in Absatz zwei erwähnte „Zusicherung“ wird keine höhere Gebühr als eine Reichsmark (eine Krone) erhoben.

#### *Artikel V.*

Durch das Abkommen werden nicht die besonderen Vereinbarungen berührt, die

1. für den kleinen Grenzverkehr und für den Grenznahverkehr,

2. für die im Grenzverkehr dienstlich tätigen Beamten und Angestellten der beiden Staaten

an Stelle des Passes andere Ausweise zulassen.

#### *Artikel VI.*

Das gegenwärtige Abkommen tritt, ohne einer weiteren Genehmigung zu bedürfen, am 20. Mai 1926 in Kraft und kann am Anfang eines jeden Kalendervierteljahres mit dreimonatiger Frist gekündigt werden.

Ich beehre mich hinzuzufügen, dass die Deutsche Regierung den in der Niederschrift über die Verhandlungen der beiderseitigen Vertreter d. d. Kopenhagen, den 1. Mai 1926 niedergelegten Erklärungen die gleiche Bedeutung und Wirksamkeit wie den in der Vereinbarung selbst enthaltenen Bestimmungen beilegt.

Genehmigen Sie Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(*Gez.*) G. v. MUTIUS.

Seiner Exzellenz  
dem Königlichen Minister des Äusseren  
Herrn Grafen Moltke  
hier.

Pour copie conforme :

Copenhague, le 29 septembre 1930.

E. Reventlow,  
*Secrétaire général du Ministère  
des Affaires étrangères.*

KOPENHAGEN, den 4. Mai 1926.

HERR GESANDTER,

Ich beehre mich Ihnen hierdurch mitzuteilen, dass die Königlich Dänische Regierung den Vereinbarungen zustimmt, die auf Grund der in der Zeit vom 27. April bis 1. Mai 1926 in Kopenhagen zwischen Vertretern der beiderseitigen Regierungen geführten Verhandlungen über die Beseitigung des Sichtvermerkszwanges wie folgt getroffen worden sind :

*Artikel I.*

Die Angehörigen des einen Staates können das Gebiet des anderen Staates über die amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jeder Zeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimatpasses, aus dem sich die Staatsangehörigkeit des Inhabers einwandfrei ergibt, ohne Sichtvermerk des Gegenstaates betreten und verlassen. Die Vergünstigung bezieht sich nur auf die Inhaber von Nationalpässen, nicht von sogenannten Fremdenpässen (Reisepässe für Ausländer), Nationalpässe werden nur an Personen ausgestellt werden, deren Zugehörigkeit zum ausstellenden Staate einwandfrei feststeht.

Für Kinder unter 15 Jahren genügt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis über Namen, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt des Kindes. Der Kinderausweis muss bei Kindern über 10 Jahre mit einem von der ausstellenden Behörde abgestempelten Lichtbild versehen sein.

*Artikel II.*

Für den gemeinschaftlichen Grenzübertritt von Personengruppen, die aus dänischen Staatsangehörigen oder aus deutschen Reichsangehörigen oder aus Angehörigen beider Staaten bestehen, gilt eine von der zuständigen Behörde des einen Staates ausgestellte und von der zuständigen konsularischen Vertretung des anderen Staates mit Sichtvermerk versehene Sammelliste als Passersatz. Der Sichtvermerk ist gebührenfrei zu erteilen.

Sammellisten werden für Arbeitertransporte nicht ausgestellt.

*Artikel III.*

Die jeweils im Gebiet der beiden Staaten geltenden Bestimmungen über die Verhängung von Grenzsperrern, über die Zurückweisung nicht einwandfreier Reisender an der Grenze, über die Meldung, den Aufenthalt und die Ausweisung von Ausländern sowie über den Schutz des heimischen Arbeitsmarktes gegen die Überlastung mit ausländischen Arbeitskräften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

*Artikel IV.*

Jeder der beiden Staaten kann Angehörige des anderen Staates,

*a)* die gegen die Vorschriften über die Meldung und den Aufenthalt von Ausländern im Inland verstossen oder

*b)* deren Tätigkeit als Arbeiter oder Angestellte die zum Schutze des heimischen Arbeitsmarktes erlassenen Bestimmungen verletzt,

aus seinem Gebiete ausweisen (wegweisen).

Die Voraussetzung unter *b)* ist insbesondere als gegeben anzusehen, wenn Angehörige des einen Staates nach ihrer Einreise in das Gebiet des anderen Staates dort eine Stelle antreten wollen, ohne im Besitz einer von der zuständigen Vertretung des Aufenthaltstaats im Ausland vor dem Grenzübertritt beschafften „Zusicherung“ der Bewilligung zum Stellenantritt“ zu sein.

Jeder der beiden Staaten wird Vorsorge dafür treffen, dass seine Angehörigen auf die Notwendigkeit der vorherigen Einholung der Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt aufmerksam gemacht werden, wenn sie die Ausstellung eines Passes zur Reise in das andere Land zum Zwecke des Stellenantritts nachsuchen.

Für die in Absatz zwei erwähnte „Zusicherung“ wird keine höhere Gebühr als eine Krone (eine Reichsmark) erhoben.

*Artikel V.*

Durch das Abkommen werden nicht die besonderen Vereinbarungen berührt, die

1. für den kleinen Grenzverkehr und für den Grenznahverkehr,
2. für die im Grenzverkehr dienstlich tätigen Beamten und Angestellten der beiden Staaten

an Stelle des Passes andere Ausweise zulassen.

an Stelle des Passes andere Ausweise zulassen.

*Artikel VI.*

Das gegenwärtige Abkommen tritt, ohne einer weiteren Genehmigung zu bedürfen, am 20. Mai 1926 in Kraft und kann am Anfang eines jeden Kalendervierteljahres mit dreimonatiger Frist gekündigt werden.

Ich beehre mich hinzuzufügen, dass die Dänische Regierung den in der Niederschrift über die Verhandlungen der beiderseitigen Vertreter d. d. Kopenhagen, den 1. Mai 1926 niedergelegten Erklärungen die gleiche Bedeutung und Wirksamkeit wie den in der Vereinbarung selbst enthaltenen Bestimmungen beilegt.

Genehmigen Sie, Herr Gesandter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(Signé) C. MOLTKE.

An

Herrn G. von Mutius,  
Deutscher Gesandter.

Pour copie conforme :

Copenhague, le 29 septembre 1930.

E. Reventlow

*Secrétaire général du Ministère  
des Affaires étrangères.*

<sup>1</sup> TRADUCTION.

N<sup>o</sup> 2480. — DÉCLARATION ENTRE L'ALLEMAGNE ET LE DANEMARK CONCERNANT L'ABOLITION DU VISA OBLIGATOIRE DES PASSEPORTS ENTRE LES DEUX PAYS. SIGNÉE A COPENHAGUE, LE 1<sup>er</sup> MAI 1926.

COPENHAGUE, le 1<sup>er</sup> mai 1926.

Du 27 avril au 1<sup>er</sup> mai 1926, ont eu lieu à Copenhague, entre les représentants des Gouvernements danois et allemand, des négociations au sujet de la suppression du visa obligatoire. Ont pris part aux négociations :

## DU CÔTÉ DANOIS :

Pour le ministère des Affaires étrangères : MM. ENGELL, chef de Division, et BOECK, conseiller de légation ; pour le ministère de la justice : MM. Aage SVENDSEN, chef de service, et MENSEN, chef de la police de l'Etat ;

## DU CÔTÉ ALLEMAND :

Pour le ministère des Affaires étrangères : le D<sup>r</sup> KRASKE, conseiller de légation et le D<sup>r</sup> KRÜGER, consul, de la légation d'Allemagne à Copenhague ; pour le ministère de l'Intérieur du Reich : M. KRAUSE, conseiller de gouvernement.

On trouvera dans le projet de note ci-annexé le résultat de ces négociations.

Au surplus, les deux Parties sont encore convenues de ce qui suit :

*Ad. article premier :* Les points de passage de la frontière officiellement autorisés aux termes de la disposition en question sont, jusqu'à nouvel ordre, les points de passage autorisés pour le grand trafic.

<sup>1</sup> Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations, à titre d'information.

<sup>1</sup> TRANSLATION.

No. 2480. — DECLARATION BETWEEN GERMANY AND DENMARK REGARDING THE ABOLITION OF COMPULSORY PASSPORT VISAS BETWEEN THE TWO COUNTRIES. SIGNED AT COPENHAGEN, MAY 1, 1926.

COPENHAGEN, May 1, 1926.

Negotiations took place at Copenhagen from April 27 to May 1, 1926, between representatives of the Danish and German Governments concerning the abolition of compulsory visas. There took part in those negotiations :

## FOR DENMARK :

For the Ministry of Foreign Affairs : M. ENGELL, Chief of Division, and M. BOECK, Counsellor of Legation ; for the Ministry of Justice : M. Aage SVENDSEN, Chief of Service, and M. MENSEN, Government Chief of Police ;

## FOR GERMANY :

For the Ministry of Foreign Affairs : Dr. KRASKE, Counsellor of Legation, and Dr. KRÜGER, Consul of the German Legation, Copenhagen ; for the Reich Ministry of the Interior : M. KRAUSE, Government Counsellor.

The results of the negotiations are incorporated in the draft notes annexed hereto.

The two Parties also agreed on the following points :

*Ad Article I :* For the purposes of this provision, officially recognised points at which the frontier may be crossed shall be, until further notice, the frontier points authorised for long-distance traffic.

<sup>1</sup> Translated by the Secretariat of the League of Nations, for information.

*Ad. article II :* Les listes collectives doivent contenir le nom, le lieu et le jour de naissance de tous les participants et indiquer l'objet et le lieu de destination du voyage. L'autorité qui établit cette liste doit, en outre, y attester que les participants au voyage peuvent rentrer dans le pays de départ.

Les Parties contractantes se réservent de soumettre à un nouvel examen les accords actuellement en vigueur entre le Danemark et l'Allemagne concernant le régime des passeports en matière de petit trafic frontalier, afin de rechercher si, en raison de la suppression du visa obligatoire, il convient de modifier ou de compléter lesdits accords.

(Signé) ENGELL.  
 (Signé) KRASKE.  
 (Signé) Aage SVENDSEN.  
 (Signé) KRAUSE.  
 (Signé) Vald. H. MENSEN.  
 (Signé) KRÜGER.  
 (Signé) BOECK.

*Ad Article II :* Collective lists must contain the name and the place and date of birth of every member of the party, together with particulars of the purpose of the journey and the destination. The issuing authorities must also indicate on the list that the persons in question can return to the country which they are leaving.

The Contracting Parties reserve the right to reexamine the Agreements at present in force between Denmark and Germany concerning the passport system for so-called minor frontier traffic, with a view to deciding whether, as the result of the abolition of compulsory visas, it is necessary to amend or supplement the said Agreements.

(Signed) ENGELL.  
 (Signed) KRASKE.  
 (Signed) Aage SVENDSEN.  
 (Signed) KRAUSE.  
 (Signed) Vald. H. MENSEN.  
 (Signed) KRÜGER.  
 (Signed) BOECK.

## ÉCHANGE DE NOTES

### I.

LÉGATION D'ALLEMAGNE  
 COPENHAGUE.

COPENHAGUE, le 4 mai 1926.

MONSIEUR LE MINISTRE,

J'ai l'honneur de vous informer par les présentes que le gouvernement du Reich allemand accepte les arrangements qui, à la suite des négociations qui ont eu lieu du 27 avril au 1<sup>er</sup> mai 1926, à Copenhague, entre les représentants des deux gouvernements, au sujet de la suppression du visa obligatoire, ont été conclus dans les termes ci-après :

### *Article premier.*

Les ressortissants de l'un des deux Etats pourront, en tout temps, pénétrer sur le territoire de l'autre Etat et en sortir par tous les

## EXCHANGE OF NOTES

### I.

GERMAN EMBASSY,  
 COPENHAGEN.

COPENHAGEN, May 4, 1926.

YOUR EXCELLENCY,

I have the honour to inform you that the German Government concurs in the Agreements arrived at as the result of the negotiations between representatives of both Governments held at Copenhagen from April 27 to May 1, 1926, regarding the abolition of compulsory passport visas, as follows :

### *Article I.*

Nationals of either State may at any time enter and leave the territory of the other State at any officially recognised frontier points



points de passage de la frontière autorisés, sur la simple production d'un passeport national valable, indiquant de façon probante la nationalité du détenteur, sans visa de l'autre Etat.

Cette faveur ne vise que les détenteurs de passeports nationaux, à l'exclusion des détenteurs de passeports pour étrangers (*Fremdenpässe*). Des passeports nationaux ne seront délivrés qu'à des personnes possédant incontestablement la qualité de ressortissants de l'Etat qui établit le document.

Pour les enfants âgés de moins de quinze ans, le passeport pourra être remplacé par une pièce d'identité officielle indiquant le nom, l'âge, la nationalité et le domicile ou la résidence permanente de l'enfant. Cette pièce d'identité pour les enfants âgés de plus de dix ans, devra être munie d'une photographie portant le cachet de l'autorité qui l'a délivrée.

#### Article II.

Pour le passage collectif de groupes de personnes composés de ressortissants du Reich allemand ou de l'Etat danois, ou de ressortissants des deux Etats, une liste collective délivrée par l'autorité compétente de l'un des deux Etats et munie du visa de la représentation consulaire compétente de l'autre Etat tiendra lieu de passeport. Le visa sera apposé gratuitement.

Il ne sera pas délivré de listes collectives pour les transports d'ouvriers.

#### Article III.

Le présent accord ne porte pas atteinte aux dispositions en vigueur sur le territoire des deux Etats concernant la fermeture de la frontière, le refoulement des voyageurs suspects à la frontière, la déclaration, le séjour et l'expulsion d'étrangers, ainsi que la protection du marché du travail national contre la surabondance de main d'œuvre étrangère.

#### Article IV.

Chacun des deux Etats peut expulser ou refouler de son territoire les ressortissants de l'autre Etat :

without a visa of the latter State, provided that they hold valid national passports clearly establishing the holder's identity. This privilege applies only to holders of national passports and does not concern holders of so-called foreigners' passports (*Reisepässe für Ausländer*). National passports shall only be issued to persons who are indubitably nationals of the State issuing such passports.

In place of a passport it shall be sufficient for children under fifteen years of age to have an official certificate giving their name, age, nationality and residence or permanent domicile. In the case of children over ten years of age, the document must contain a photograph stamped by the issuing authority.

#### Article II.

Groups of persons, consisting of German or Danish nationals or of nationals of both States, who desire to cross the frontier as a party, may do so if, in place of a passport, they are provided with a collective list made out by the competent authority of one State and *visés* by the competent consular representative of the other State. The consular visa shall be issued free of charge.

Collective lists may not, however, be issued for parties of workmen.

#### Article III.

The provisions in force at the time in the territory of the two States, relating to the closing of the frontier, the refusal of admission to undesirable travellers at the frontier, police registration, residence, and the expulsion of foreigners, and also the protection of the home labour market against an excess of foreign labour shall not be affected by the present Agreement.

#### Article IV.

Each of the two States shall be entitled to expel from its territory those nationals of the other State who :

a) Qui enfreignent les règlements relatifs à la déclaration et au séjour des étrangers à l'intérieur du pays;

b) Dont l'activité en qualité d'ouvriers ou d'employés porte atteinte aux dispositions édictées en vue de la protection du marché du travail national.

La condition prévue sous b) doit notamment être considérée comme remplie lorsque des ressortissants de l'un des deux Etats, après avoir pénétré sur le territoire de l'autre, veulent y occuper un poste sans être détenteurs d'une autorisation spéciale délivrée, avant le passage de la frontière, par le représentant compétent du pays de séjour à l'étranger.

Chacun des deux Etats prendra les mesures nécessaires pour signaler à ses ressortissants la nécessité d'obtenir au préalable l'autorisation d'occuper un poste lorsqu'ils demanderont l'établissement d'un passeport pour l'autre pays, en vue d'y occuper un poste.

Pour l'autorisation spéciale prévue au second alinéa, il ne sera pas prélevé de droit supérieur à un reichsmark (une couronne).

#### Article V.

Le présent accord ne porte pas atteinte aux arrangements spéciaux qui admettent d'autres papiers d'identité à la place du passeport,

1<sup>o</sup> Pour le petit trafic frontalier et pour le trafic frontalier local;

2<sup>o</sup> Pour les fonctionnaires et les employés des deux Etats en service officiel dans le trafic frontalier.

#### Article VI.

Le présent accord, sans qu'une autre ratification soit nécessaire, entrera en vigueur le 20 mai 1926 et pourra, moyennant préavis de trois mois, être dénoncé au début de tout trimestre de l'année civile.

J'ai l'honneur d'ajouter que le Gouvernement allemand attribue aux déclarations inscrites à la date du 1<sup>er</sup> mai 1926 dans le procès-verbal des négociations des représentants des deux Etats qui ont eu lieu à Copenhague, la même

(a) Have infringed the regulations concerning registration and the residence of foreigners in the country; or

(b) Whose employment as workers or employees infringes the regulations concerning the protection of the home labour market.

The condition set forth under (b) shall be held to apply, in particular, if nationals of the one State, after entering the territory of the other State, attempt to take up employment there without being in possession of the special authorisation, issued before they cross the frontier, by the competent representative abroad of the country of residence.

Each of the two States shall see that its nationals are informed, when they apply for a passport to proceed to the other country for the purpose of taking up employment, that they must obtain previous authorisation for such purpose.

The charge for the special authorisation mentioned in the second paragraph shall not exceed 1 Reichsmark (1 Crown).

#### Article V.

The present Agreement shall not affect the special Arrangements under which other identity papers may be accepted instead of passports,

(1) For minor frontier traffic and local frontier traffic;

(2) For officials and employees of either State officially employed in local frontier traffic.

#### Article VI.

The present Agreement, which shall not require further ratification, shall come into force on May 20, 1926, and may be denounced at the beginning of any quarter of the calendar year at three month's notice.

I have the honour to add that the German Government attributes to the declarations included on May 1, 1926, in the minutes of the negotiations between the representatives of the two States which took place at Copenhagen

importance et le même effet qu'aux dispositions contenues dans l'accord même.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma considération très distinguée.

(Signed) G. V. MUTIUS.

A Son Excellence le comte Moltke,  
Ministre des Affaires étrangères  
du Danemark.  
E. V.

the same scope and effect as to the provisions contained in the Agreement itself.

I have the honour to be, etc.,

(Signed) G. V. MUTIUS.

His Excellency  
Count Moltke,  
His Majesty's Minister for Foreign Affairs,  
Copenhagen.

## II.

COPENHAGUE, le 4 mai 1926.

MONSIEUR LE MINISTRE,

J'ai l'honneur de vous informer par les présentes que le Gouvernement royal danois accepte les arrangements qui, à la suite des négociations qui ont eu lieu du 27 avril au 1<sup>er</sup> mai 1926 à Copenhague entre les représentants des deux gouvernements, au sujet de la suppression du visa obligatoire, ont été conclus dans les termes ci-après :

### Article premier.

Les ressortissants de l'un des deux Etats pourront en tout temps pénétrer sur le territoire de l'autre Etat et en sortir par tous les points de passage de la frontière autorisés, sur la simple production d'un passeport national valable, indiquant de façon probante la nationalité du détenteur, sans visa de l'autre Etat. Cette faveur ne vise que les détenteurs de passeports nationaux, à l'exclusion des détenteurs de passeports pour étrangers (*Fremdenpässe*). Des passeports nationaux ne seront délivrés qu'à des personnes possédant incontestablement la qualité de ressortissants de l'Etat qui établit le document.

Pour les enfants âgés de moins de quinze ans, le passeport pourra être remplacé par une pièce d'identité officielle indiquant le nom, l'âge, la nationalité et le domicile ou la résidence permanente de l'enfant. Cette pièce d'identité

## II.

COPENHAGEN, May 4 1926.

YOUR EXCELLENCY,

I have the honour to inform you that the Danish Government concurs in the Agreements arrived at as the result of the negotiations between representatives of both Governments held at Copenhagen from April 27 to May 1, 1926, regarding the abolition of compulsory passport visas, as follows :

### Article I.

Nationals of either State may at any time enter and leave the territory of the other State at any officially recognised frontier points without a visa of the latter State, provided that they hold valid national passports clearly establishing the holder's identity. This privilege applies only to holders of national passports and does not concern holders of so-called foreigners' passports (*Reisepässe für Ausländer*). National passports shall only be issued to persons who are indubitably nationals of the State issuing such passports.

In place of a passport it shall be sufficient for children under fifteen years of age to have an official certificate giving their name, age, nationality, and residence or permanent domicile. In the case of children over ten years

pour les enfants âgés de plus de dix ans, devra être munie d'une photographie portant le cachet de l'autorité qui l'a délivrée.

of age, the document must contain a photograph stamped by the issuing authority.

*Article II.*

Pour le passage collectif de groupes de personnes composés de ressortissants de l'Etat danois ou du Reich allemand, ou de ressortissants des deux Etats, une liste collective délivrée par l'autorité compétente de l'un des deux Etats et munie du visa de la représentation consulaire compétente de l'autre Etat tiendra lieu de passeport. Le visa sera apposé gratuitement.

Il ne sera pas délivré de listes collectives pour les transports d'ouvriers.

*Article II.*

Groups of persons, consisting of Danish or German nationals or of nationals of both States, who desire to cross the frontier as a party may do so if, in place of a passport, they are provided with a collective list made out by the competent authority of one State and *visés* by the competent consular representative of the other State. The consular visa shall be issued free of charge.

Collective lists may not, however, be issued for parties of workmen.

*Article III.*

Le présent accord ne porte pas atteinte aux dispositions en vigueur sur le territoire des deux Etats concernant la fermeture de la frontière, le refoulement des voyageurs suspects à la frontière, la déclaration du séjour et l'expulsion d'étrangers, ainsi que la protection du marché du travail national contre la surabondance de main-d'œuvre étrangère.

*Article III.*

The provisions in force at the time in the territory of the two States, relating to the closing of the frontier, the refusal of admission to undesirable travellers at the frontier, police registration, residence, and the expulsion of foreigners, and also the protection of the home labour market against an excess of foreign labour shall not be affected by the present Agreement.

*Article IV.*

Chacun des deux Etats peut expulser ou refouler de son territoire les ressortissants de l'autre Etat :

*a)* Qui enfreignent les règlements relatifs à la déclaration et au séjour des étrangers à l'intérieur du pays ;

*b)* Dont l'activité en qualité d'ouvriers ou d'employés porte atteinte aux dispositions édictées en vue de la protection du marché du travail national.

La condition prévue sous *b)* doit notamment être considérée comme remplie lorsque des ressortissants de l'un des deux Etats, après avoir pénétré sur le territoire de l'autre, veulent y occuper un poste sans être détenteurs d'une autorisation spéciale délivrée, avant le passage de la frontière, par le représentant compétent du pays de séjour à l'étranger.

Chacun des deux Etats prendra les mesures nécessaires pour signaler à ses ressortissants

*Article IV.*

Each or the two States shall be entitled to expel from its territory those nationals of the other State who :

*(a)* Have infringed the regulations concerning registration and the residence of foreigners in the country ; or

*(b)* Whose employment as workers or employees infringes the regulations concerning the protection of the home labour market.

The condition set forth under *(b)* shall be held to apply in particular if nationals of the one State, after entering the territory of the other State, attempt to take up employment there without being in possession of the special authorisation, issued before they cross the frontier, by the competent representative abroad of the country of residence.

Each of the two States shall see that its nationals are informed, when they apply for

la nécessité d'obtenir au préalable l'autorisation d'occuper un poste lorsqu'ils demanderont l'établissement d'un passeport pour l'autre pays, en vue d'y occuper un poste.

Pour l'autorisation spéciale, prévue à l'alinéa 2, il ne sera pas prélevé de droit supérieur à un reichsmark (une couronne).

*Article V.*

Le présent accord ne porte pas atteinte aux arrangements spéciaux qui admettent d'autres papiers d'identité à la place du passeport.

1° Pour le petit trafic frontalier et pour le trafic frontalier local ;

2° Pour les fonctionnaires et les employés des deux Etats en service officiel dans le trafic frontalier.

*Article VI.*

Le présent accord, sans qu'une autre ratification soit nécessaire, entrera en vigueur le 20 mai 1926 et pourra, moyennant préavis de trois mois, être dénoncé au début de tout trimestre de l'année civile.

J'ai l'honneur d'ajouter que le Gouvernement danois attribue aux déclarations inscrites à la date du 1<sup>er</sup> mai 1926 dans le procès-verbal des négociations des représentants des deux Etats qui ont eu lieu à Copenhague, la même importance et le même effet qu'aux dispositions contenues dans l'accord même.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma considération très distinguée.

*(Signé)* C. MOLTKE.

A Monsieur G. von Mutius,  
Ambassadeur d'Allemagne.

a passport to proceed to the other country for the purpose of taking up employment, that they must obtain previous authorisation for such purpose.

The charge for the special authorisation mentioned in the second paragraph shall not exceed 1 Reichsmark (1 Crown).

*Article V.*

The present Agreement shall not affect the special Arrangements under which other identity papers may be accepted instead of passports,

(1) For minor frontier traffic and local frontier traffic ;

(2) For officials and employees of either State officially employed in local frontier traffic.

*Article VI.*

The present Agreement, which shall not require further ratification, shall come into force on May 20, 1926, and may be denounced at the beginning of any quarter of the calendar year at three months' notice.

I have the honour to add that the Danish Government attributes to the declarations included on May 1, 1926, in the minutes of the negotiations between the representatives of the two States the same scope and effect as to the provisions contained in the Agreement itself.

I have the honour to be, etc.,

*(Signed)* C. MOLTKE.

His Excellency  
G. von Mutius,  
German Ambassador.